

Von deutschem Boden muss Frieden ausgehen!

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Deutschland wurde vom Faschismus befreit. Nach 70 Jahren wollen wir daran nicht nur erinnern, sondern auch fragen, was aus der damaligen Erkenntnis „von deutschem Boden muss Frieden ausgehen“ geworden ist.

Das im Grundgesetz verankerte Verbot der Führung eines Angriffskrieges wurde mit dem Einsatz der Bundeswehr 1999 im Jugoslawienkrieg erstmals missachtet. Es folgten neue Auslandseinsätze und die indirekte Unterstützung weiterer Kriegseinsätze westlicher Bündnisse. Diese Kriege waren ein Nährboden für die Entstehung terroristischer Kräfte und Strukturen. Mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen darf nicht heißen, die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu verstärken, sondern bedeutet den Einsatz für soziale Gerechtigkeit und humanitäre Hilfe.

Rüstungsexporte verbieten: Nicht der Frieden, sondern die Rüstung ist ein „Exportschlager“ aus Deutschland geworden. Die Genehmigungspraxis der Bundesregierung beim Rüstungsexport hat dazu geführt, dass Deutschland weltweit drittgrößter Waffenexporteur ist. Der Firma Rheinmetall wurde z.B. die Ausfuhr einer Panzerfabrik nach Algerien bewilligt. Das ist genauso abzulehnen wie die steigende Ausfuhr von Kleinwaffen, auf die die Mehrheit der Kriegstoten zurückgeht.

Atomwaffen abschaffen: Die Bundesregierung muss endlich den Bundestagsbeschluss umsetzen, der den Abzug der in Deutschland gelagerten Atomwaffen fordert. Stattdessen sieht die US-Regierung deren Austausch durch hochmoderne Nuklearwaffen vor.

Kampfdrohnen und Uranmunition ächten: Die Bundesregierung plant die Einführung von Kampfdrohnen. Bei den „gezielten“ Tötungen von Menschen wird jegliche Rechtsstaatlichkeit missachtet. Die Schwelle zum Gewalteintritt sinkt. Uranmunition hat in Kriegsgebieten zu einem dramatischen Anstieg von Krebskrankheiten und angeborenen Fehlbildungen geführt.

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation: Die schrittweise Einkreisung Russlands durch die Ausweitung der NATO war das Gegenteil einer vertrauensbildenden Maßnahme. Zumal im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung Russland zugesagt wurde, dass für die ehemaligen Ostblockstaaten die NATO-Mitgliedschaft nicht vorgesehen sei. Auch das Betreiben der militärischen Bindung der Ukraine an den Westen muss Russland als Gefährdung seiner Sicherheit ansehen. Im Ukraine-Konflikt sollte die Bundesregierung sich dringend für ein internationales Schlichtungsverfahren (UNO, OSZE) und für einen neutralen Status der Ukraine einsetzen.

Frieden im Nahen Osten: Durch die aggressive Politik des Westens und seiner regionalen Partner sind der Nahe und Mittlere Osten zu einem riesigen Konfliktfeld geworden. In diesem Umfeld konnte der „Islamische Staat“ (IS) sein Terrorregime aufbauen. Diese Konflikte sind mit militärischer Intervention nicht zu lösen.

Die Bundesregierung darf die völkerrechtswidrige Siedlungs- und Besatzungspolitik der israelischen Regierung nicht weiter unterstützen.

Aufstehen gegen Rassismus: Die Abweisung von Kriegs-, Hunger- und Armutsflüchtlingen an den Grenzen von Europa widerspricht einer menschenrechtlichen und demokratischen Kultur. Nicht die Flüchtlinge sind zu bekämpfen, sondern die Fluchtursachen.

Unter dem Motto „Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ werden von rechtspopulistischen Bewegungen rassistische Gedanken verbreitet und Feindbilder aufgebaut. Migrantinnen und Migranten sollen als Sündenböcke für die soziale Ungleichheit in unserem Lande herhalten. Für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie darf es keinen Platz geben.

Ich unterstütze den Ostermarsch und bin einverstanden mit der Veröffentlichung meines Namens in einer HNA-Anzeige (Karfreitag oder Ostersonntag).

Abgabe von Unterschriften und Geld (pro Namen 10,- EUR, Organisationen: 30 EUR) bis **spätestens Montag, 30. März**. Bei: Kasseler Friedensforum (Germaniastr. 14; Tel. 93717974). Oder im Café Buch-Oase (Germaniastr. 14)

Name	Vorname	bez.	Name	Vorname	bez.

Bitte Namen deutlich in Druckschrift schreiben!